

THOLEY
Kappensitzung im
Mauritiushaus Seite C3

ST. WENDELER ZEITUNG

THELEY
Schüler wollen Grenzen
überwinden. Seite C5

MIT FREISEN, MARPINGEN, NAMBORN, NOHFELDEN, NONNWEILER, OBERTHAL, THOLEY UND ST. WENDEL

Auch Spurensucher skizzierten Leidensweg

Gedenkveranstaltung am Gymnasium Wendalinum in St. Wendel für die Opfer des Nationalsozialismus.

VON JENNIFER FELL

ST. WENDEL Das Thema Euthanasie stand im Mittelpunkt, als der Landkreis St. Wendel am Freitagabend in der Aula des Gymnasiums Wendalinum den internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus beging. Nach zwei Jahren, in denen die Veranstaltung pandemiebedingt lediglich digital stattfinden konnte, traf man sich nun auf Einladung von Landrat Udo Recktenwald (CDU) wieder in Präsenz. Pianistin Nataliya Malkova, die als Lehrerin an der Kreismusikschule St. Wendel tätig ist, eröffnete den Abend musikalisch und erfreute die Zuhörer auch im weiteren Verlauf immer wieder mit ihrem Können.

Alexander Besch, Leiter der gastgebenden Schule, des Gymnasiums Wendalinum, unterstrich in seinem Vorwort die Wichtigkeit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und verschwieg dabei auch nicht, dass seine Schule in dieser Hinsicht ebenfalls keine weiße Weste habe, habe man doch mit Fritz Berl damals einen jüdischen Schüler der Schule verwiesen. Mit jüdischen Opfern der NS-Diktatur hätten sich auch die „Spurensucher“ der Gemeinschaftsschule Theley beschäftigt, die einen Teil ihrer Arbeit vorstellten.

Zuvor aber beschäftigte man sich mit dem Thema Euthanasie, jenem furchtbaren Euphemismus, den die Nationalsozialisten als Synonym für die Ermordung zahlreicher Menschen mit Behinderung verwendet hätten. Am Ende seines Vortrages begrüßte der Schulleiter neben den Gästen aus der Politik, zu denen unter anderem die Landtagsabgeordneten Hermann Scharf (CDU) und Jonas Reiter (CDU) zählten, explizit auch die Schüler.

Gastgeber Recktenwald äußerte in seiner Rede, dass er stolz sei, dass

sich mit den „Spurensuchern“ auch Schüler dieses Themas angenommen hätten: „Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der die Zeitzeugen immer weniger werden. Dieser Tag ist ein unverzichtbarer Mosaikstein der Erinnerungskultur“, sagte er und betonte, dass der Landkreis St. Wendel sich in vielfältiger Weise für diese einsetze. Nicht nur habe man Stolpersteine verlegt und Stelen errichtet, man unterstütze auch Vereine, Projekte und Initiativen, wie das Adolf-Bender-Zentrum oder den Verein „Wider das Vergessen und gegen Rassismus“, und sei zudem Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Erinnerungsarbeit.

Gerade der persönliche Bezug sei wichtig, so geschehen am Gymnasium Wendalinum, wo man zum Schicksal der Familie Berl recherchiert und die Nachfahren kontaktiert habe. „Was damals geschah, darf nie vergessen werden“, konstatierte der Landrat und bezeichnete das Wachhalten der Erinnerung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der man sich, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Europa derzeit mit einem von einem Aggressor vom Zaun gebrochenen Krieg konfrontiert sei und es weltweit mehr autokratische als demokratische Staaten gebe, umso stärker widmen müsse.

Dr. Gisela Taschers Vortrag „Euthanasie und Zwangssterilisation im Saarland von 1935 bis 1945 im politischen Kontext“ beschäftigte sich vorrangig mit der Beteiligung der Ärzteschaft an den Medizinverbrechen, denen auch im Saarland viele Menschen zum Opfer gefallen seien. Genaue Zahlen konnte die Zahnärztin und Autorin in diesem Zusammenhang nicht nennen, da das Saarland damals Teil des Gaues Westmark gewesen sei, es also keine aufgeschlüsselten Zahlen gebe.



Schüler der „Spurensucher“ AG der Gemeinschaftsschule Theley stellten einen Teil ihrer Arbeit vor.

Tascher legte eindrücklich dar, wie sich die Mediziner als Wächter der sogenannten Rassenreinheit zu Erfüllungsgehilfen der Nationalsozialisten machten und nicht nur etwa 360 000 Menschen zwangssterilisierten, sondern auch 200 000 psychisch kranke Menschen töteten.

Der sogenannte Gnadentod sei auf grausame Weise durch Kohlenmonoxid, Injektionen, Medikamente oder Nahrungsentzug herbeigeführt worden. All diese Verbrechen seien Ausgangspunkt für den Nürnberger Kodex gewesen, der 1947 festgelegt habe, dass das Wohl des einzelnen Menschen und sein menschenrechtlicher Schutz im Mittelpunkt der Medizin stünden, nicht der Fortschritt oder

das Wohl der Gesellschaft. Die Referentin schloss ihre Ausführungen mit dem Wortlaut der Nürnberger Erklärung des Ärztetages 1922, in dem die Mediziner die wesentliche Mitverantwortung von Ärzten an den Verbrechen der NS-Medizin anerkannten und das Geschehene als Mahnung für Gegenwart und Zukunft betrachteten.

Bernhard Müller, Vorstandsvorsitzender der Lebenshilfe Saarland, spannte in seinem Vortrag „Menschen mit Behinderung. Opfer des Systems“ den Bogen in Richtung Jetzt-Zeit. Er führte aus, dass Menschen mit Behinderung heute in Freiheit lebten und durch gute gesetzliche Regelungen Hilfestellung erhielten. Dennoch sei es wichtig,

sie in der Mitte der Gesellschaft zu halten: „Das Thema darf nicht beim Betroffenen bleiben, das Gemeinwesen ist verantwortlich. Menschen mit Behinderung brauchen unsere Stütze und unsere Hilfe, dabei sind alle gefordert“, endete er.

Die „Spurensucher“-AG der Gemeinschaftsschule Theley skizzierte den Leidensweg der Tholeyer Jüdin Camilla Fleck, einer Mutter von fünf Kindern, die am 8. März 1945 verhaftet und nach Theresienstadt deportiert wurde, wo sie nur knapp überlebte. Nach der Befreiung durch die russische Armee erlebte sie eine wahre Odyssee, ehe sie am 16. Juli 1945, stark abgemagert, wieder in Tholey ankam. In dem von den Schülern dargestellten Gespräch mit

Michael Landau berichtete Fleck, dass sie als Folge ihrer Zeit im Konzentrationslager 20 Operationen benötigt habe.

Im Anschluss an den von Fremdsprachenassistent Sebastian Roberts mit hebräischen Liedern umrahmten Beitrag forderten die Schüler die Anwesenden in der Aula auf, mit einer Unterschrift auf einem vorbereiteten Plakat ihr Mitgefühl mit den ermordeten Juden auszudrücken. Eine Aufforderung, der das Gros der 80 Gäste am Ende der gut zweistündigen Veranstaltung nachkam.

Produktion dieser Seite:

Melanie Mai
Jennifer Klein



Dr. Gisela Tascher referierte zum Thema Euthanasie und Zwangssterilisation im Saarland von 1935 bis 1945.



Fremdsprachenassistent Sebastian Roberts bereicherte, am Klavier begleitet von Nataliya Malkova am Klavier, den Beitrag der „Spurensucher“ AG mit hebräischen Liedern.



Hauptrednerin Dr. Gisela Tascher beschäftigte sich mit dem Thema Euthanasie in der NS-Zeit und der Rolle der Ärzteschaft.

Einbruch in Einfamilienhaus in St. Wendel

ST. WENDEL (red) In der Nonnweilerstraße in St. Wendel ist am Samstag eingebrochen worden, wie die Polizei St. Wendel berichtet, gemeldet. Der oder die unbekannten Einbrecher verschafften sich durch Aufhebeln der Terrassentür Zugang zu dem Gebäude und durchwühlten in mehreren Räumen die Schränke und Schubladen. Anschließend verließen sie das Anwesen vermutlich wieder über die Terrasse. Angaben zum Diebesgut liegen derzeit keine vor. Der Tatzeitraum liegt zwischen 19 und 19.10 Uhr. Die Polizei St. Wendel sucht Zeugen, die Angaben zu Tätern oder der Tat machen können.

Hinweise: Tel. (0 68 51) 89 80 oder per E-Mail pi-st-wendel@polizei.spol.de

Feuerwehrleute in der Gemeinde Marpingen, die eine spezielle Funktion ausüben, erhalten ab sofort eine höhere Aufwandsentschädigung.

FOTO: PHILIPP VON DITFURTH/DPA



Aufwand der Feuerwehr soll belohnt werden

MARPINGEN (sara) Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren engagieren sich ehrenamtlich. Doch diejenigen, die besondere Funktionen ausüben, erhalten für ihre Arbeit eine finanzielle Belohnung. Der Marpinger Gemeinderat hat nun in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen, die Aufwandsentschädigung zu erhöhen. Seit 2008 betrug diese 11 330 Euro pro Jahr. Ab sofort sind es 20 544 Euro jährlich. Die dadurch entstehenden Mehrkosten von rund 9200 Euro werden im Haushaltsplan 2023 veranschlagt.

Aber was bedeutet das nun konkret für die Feuerwehrleute? Hier ein paar Beispiele: Ab sofort erhält ein Wehrrührer pro Monat 242 Euro. Die Löschbezirksführer bekommen künftig zwischen 85 und 100 Euro pro Monat. Jugendwarte, Geräte-

Ausbildungsbeauftragte dürfen sich über einen pauschalisierten Auslagenersatz in Höhe von 40 bis 65 Euro monatlich freuen.

„Ganz klar: Kein Feuerwehrangehöriger übt das Amt wegen des Geldes aus“, betonte Bürgermeister Volker Weber (SPD). Aber die Erhöhung der Aufwandsentschädigung sei eine wichtige Anerkennung ihrer Leistungen. In diesem Zusammenhang erinnerte der Rathauschef auch daran, dass die Ehrenamtler teils große Verantwortung tragen. Als Beispiel nannte er hier die Gerätewarte. Sie seien unter anderem dafür zuständig, dass die Atemschutzhausrüstung ihrer Kameraden im Einsatz einwandfrei funktioniere. „Das Geld, das wir für die Anpassung der Aufwandsentschädigung in die Hand nehmen, ist gut angelegt“, resümierte Weber.